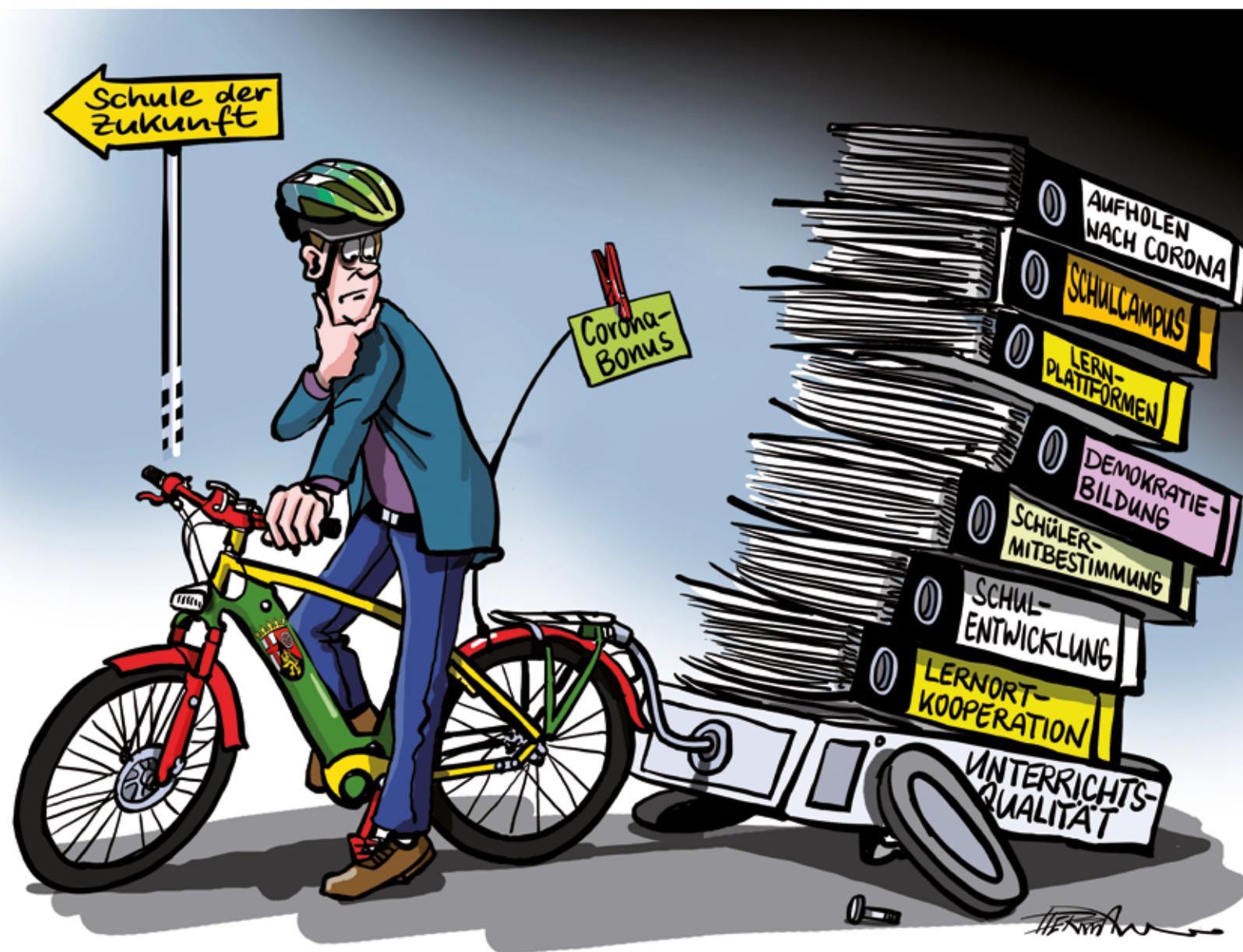


KOMPAKT



IM GESPRÄCH MIT MINISTERIN HUBIG

„SCHULE DER ZUKUNFT“
Initiative des Bildungsministeriums

BERUFSVORBEREITUNGSJAHR
Chance: Neue Impulse im Modellversuch



TOP-THEMA

Der VLW zu Besuch bei der Ministerin



I LIKE TO RIDE MY BICYCLE ...

Dienstfahrrad für Lehrkräfte



03 ALLES NEU MACHT DER MAI
Editorial von Karl-Heinz Fuß

04 IM GESPRÄCH MIT MINISTERIN STEFANIE HUBIG
Pandemie, Flüchtlingshilfe, Digitalisierung, zu wenig Lehrkräfte – es gibt viel zu besprechen ...

08 KOMMENTAR DES LANDESVORSITZENDEN
Mehrbelastungen durch die Coronapandemie müssen kompensiert werden.

09 AKTIONSBÜNDNIS 22: SCHULEN ENTLASTEN!
Initiative für Online-Petition – machen Sie mit!

10 INITIATIVE „SCHULE DER ZUKUNFT“
Durch Bottom-up zum Erfolg?

12 BERUFSVORBEREITUNGSJAHR
Ministerium legt Entwurf zur Reform vor.

14 MOBILITÄT: WANN KOMMT DAS DIENSTFAHRRAD?
Rheinland-pfälzischer Landtag hat Gesetzesvorlage in der Prüfung.

15 STANDPUNKT
Verbandsarbeit in Krisenzeiten

16 HINTER DEN KULISSEN DES VLW
Heinz Werner Seiler – der Macher der VLW-Website

18 SCHULEN IN DEN ORTSVERBÄNDEN
BSS Bingen – eine Schule im Umbruch

19 IN ALLER KÜRZE
Infos, News und Impressum

ALLES NEU MACHT DER MAI



Liebe Leserin, lieber Leser,

mit Blick auf die aktuelle Jahreszeit kommt mir regelmäßig das in der Überschrift genannte Kinderlied in den Sinn. Dabei können wir wahrlich nicht sagen, dass es an Neuem fehlen würde in dieser Zeit. So haben neu- bzw. wiedergewählte Koalitionen in Bund und Land die Regierungsverantwortung übernommen und hatten und haben angesichts Pandemie, Flut im Ahrtal und der Ukraine-Krise alle Hände voll zu tun.

HIN ZUR SCHULE DER ZUKUNFT

Bei alledem darf die Bildungspolitik nicht aus dem Blickfeld geraten. Immerhin gibt es in Rheinland-Pfalz nicht nur Überlegungen, sondern auch, wenngleich bescheidene, finanzielle Mittel zur Entwicklung einer „Schule der Zukunft“. Der Einzug der Digitalität in unseren Schulen schreitet allmählich voran. Die neue Verordnung für das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) soll im Sommer in Kraft treten, und künftig sollen Kolleginnen und Kol-

legen mit einem „Dienstfahrrad“ umweltfreundlich und gesundheitsfördernd in die Schule radeln können. An der Berufsbildenden Schule Bingen ist gerade der erste Spatenstich zu einem umfassenden (Teil-)Neubau gefeiert worden, der sich bei seiner Raumgestaltung an modernen pädagogischen Methoden orientiert.

Doch es geht leider vieles nicht so schnell, wie wir es uns wünschen. Im Gespräch mit unserer Bildungsministerin und der Leiterin der BBS-Fachabteilung prallten viele unserer Forderungen mit der Begründung „nicht finanzierbar“ ab. Ein Hinweis, der mir alles andere als neu erscheint. Da fällt mir ein weiteres Kinderlied ein: „Komm lieber Mai und mache“.

NEUGESTALTUNG UNSERER MEDIEN

Der VLW ist jedenfalls fest entschlossen, seinen Teil zur Stärkung der beruflichen Bildung beizutragen und als Berufsverband die Interessen seiner Mitglieder zu vertreten. So präsentiert sich auch beim

VLW einiges neu. Wir haben unsere Website von Grund auf erneuert und, wie Ihnen sicherlich aufgefallen ist, präsentiert sich unser VLW Kompakt in neuem Layout. Die neue Website soll Sie noch besser und schneller informieren, das neue Layout dieses Magazins das Lesen angenehmer und die Orientierung leichter machen. Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre!

Sie haben Anregungen oder Wünsche? Dann schreiben Sie mir unter redaktion@vlw-rlp.de.

Ich freue mich darauf!

Mit kollegialen Grüßen
Ihr Karl-Heinz Fuß



DER VLW IM GESPRÄCH MIT MINISTERIN STEFANIE HUBIG

Am 14. März traf sich die Delegation des VLW-Landesvorstands mit Ministerin Dr. Stefanie Hubig und Abteilungsleiterin Berufsbildende Schulen Petra Jendrich zum Gespräch zu aktuellen Themen und Forderungen des VLW Rheinland-Pfalz. Thematisiert wurden neben der Corona-Situation und der Ukraine-Krise die Einstellungssituation und die Nachwuchsgewinnung von Lehrkräften, die Reform der höheren Berufsfachschule und die digitale Transformation an Schulen.



„Lockerungen der Hygieneregeln sind in der derzeitigen Situation weder sinnvoll noch vermittelbar“, informierte Ministerin Dr. Hubig zu Beginn des Gesprächs mit Verweis auf die Entscheidung von Gesundheitsminister Hoch, u. a. die Maskenpflicht an weiterführenden Schulen vorerst um zwei weitere Wochen zu verlängern.

Es bestand Einigkeit unter den Anwesenden, dass dies eine gute Entscheidung darstellt. Der VLW-Vorsitzende Dirk Mettler machte die Gefährdung deutlich, der eine BBS-

Lehrkraft ausgesetzt ist, sobald die Maskenpflicht der Schülerinnen und Schüler wegfällt. Zwar dürfe die Lehrkraft weiterhin freiwillig eine FFP-2-Maske zum eigenen Schutz tragen, dies stellt aber, wie unsere Kolleginnen und Kollegen seit langer Zeit erfahren mussten, eine besondere Anstrengung dar, die auf Dauer kaum tragbar ist. Der VLW hält deshalb seine Forderung aufrecht, möglichst bald technische Einrichtungen zum Gesundheitsschutz, wie Lüftungsanlagen, zu installieren.

RASCHE INTEGRATION GEFLÜCHTETER KINDER AN SCHULEN

Der Krieg in der Ukraine, von dem auch viele Zivilisten unmittelbar betroffen sind, bringt voraussichtlich eine hohe Zahl von Flüchtenden nach Deutschland. Diese sollen nach dem „Königsteiner Schlüssel“ (d. h. 4,6 % aller Flüchtenden für Rheinland-Pfalz) auf die Bundesländer aufgeteilt werden. Jedoch ist dies organisatorisch nicht so einfach zu lösen. Ministerin Hubig berichtet, dass beispielsweise ukrainische Familien



KONSTRUKTIVES GESPRÄCH

v. l. n. r.: Jürgen Hatzfeld (VLW), Petra Jendrich und Dr. Stefanie Hubig (BM), Dirk Mettler und Andreas Seehaus (VLW)

bei Winzerbetrieben unterkommen, die sie von ihrer Tätigkeit als Erntehelferinnen und -helfer kennen. Da die Flüchtenden drei Monate Zeit haben, um ihren Aufenthalt bei der Behörde anzumelden, fehlt momentan noch der Überblick darüber, wie sich die Schutzsuchenden regional verteilen.

Klar ist jedenfalls, dass Kinder und Jugendliche einen Anspruch auf Bildung haben. Erste Kinder sind bereits in Grundschulen des Landes angekommen. Es geht nun darum,

diese in den laufenden Schulbetrieb zu integrieren, ihnen gleichzeitig aber auch Sprachförderunterricht und herkunftssprachlichen Unterricht zu erteilen. Dafür stehen auch geflüchtete ukrainische Lehrkräfte zur Verfügung. Um dies zu koordinieren, konnte unser ehemaliger Bildungsstaatssekretär Hans Beckmann gewonnen werden, der im Rahmen der Flüchtlingskrise in den Jahren 2015/16 entsprechende Erfahrungen gesammelt hat. Der VLW begrüßt dieses Engagement mit Blick auf die sehr gute Zusammen-

arbeit mit Herrn Beckmann während seiner aktiven Zeit. An den BBSn wurden ebenfalls wertvolle Erfahrungen mit der Integration von zugewanderten Jugendlichen gesammelt.

VLW FORDERT PERSONELLE ENTLASTUNG

Jedoch machte Dirk Mettler deutlich, dass – aufgrund der Corona-Krise und der digitalen Transformation – sowohl die Schulleitungen als auch die Kolleginnen und Kollegen an den BBSn längst an ihrer >>

Bildungsministerin
Dr. Stefanie Hubig:

„ICH BIN
STOLZ
DARAUF,
FÜR DEN
STAAT
TÄTIG ZU
SEIN“



Hans Beckmann,
ehemaliger
Bildungsstaats-
sekretär, koordiniert
die Integration
gefluchteter Kinder
aus der Ukraine.

Belastungsgrenze angekommen sind bzw. sie bereits überschritten haben. Man könne die schulische Integration der Ukraine-Flüchtlinge nun nicht einfach noch obenauf packen, sondern müsse die dringend benötigte Entlastung für das bestehende Personal realisieren.

Da sich das Ministerium derzeit nicht in der Lage sieht, zusätzliche Lehrkräfte „auf Vorrat“ einzustellen, wirbt Dr. Hubig dafür, Aufgaben an den Schulen auf den Prüfstand zu stellen und sich von solchen, die zwischenzeitlich obsolet wurden, zu lösen. Der VLW stimmt dem zwar zu, sieht es allerdings mit großer Skepsis, ob dies zu hinreichender Entlastung führt. Er fordert deshalb schnellstmöglich die in Aussicht gestellte Unterstützung durch multiprofessionelle Teams. So könnten sich beispielsweise Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter um die Fehlzeitenverwaltung und das zugehörige Mahnverfahren kümmern. Ein erweitertes Unterstützungsangebot für die technischen Arbeitsmittel ist

zudem dringend erforderlich. Weiterhin benötigen wir zusätzliches Lehrpersonal, um den temporären Unterrichtsausfall aufgrund von Fortbildungen, Klassenfahrten und Krankheitsfällen zu reduzieren.

ATTRAKTIVITÄT DES LEHRAMTES ERHALTEN

Dass die Arbeitsbedingungen an unseren Schulen in den Blick genommen werden müssen, zeigt sich auch an der rückläufigen Zahl an Referendarinnen und Referendaren, die zum 1. Mai ihren Vorbereitungsdienst beginnen. Diese hat sich im Vergleich zu früheren Jahren mit 51 Personen fast halbiert. Dirk Mettler verwies deshalb auf die aktuell vorgelegte Studie des renommierten Bildungsforschers Prof. Dr. Klaus Klemm, die aufzeigt, dass spätestens ab dem Jahr 2030 die Zahl der Schülerinnen und Schüler an BBSn wieder steigen wird. Bis dahin geht jedoch ein großer Teil der Lehrkräfte an BBSn in den Ruhestand und muss ersetzt werden. Da man von acht Jahren

für Studium und Vorbereitungszeit ausgehe, müsse bereits jetzt intensiv für das Lehramt an BBSn geworben werden. Wir können uns nicht allein auf Quereinsteigerinnen und -einsteiger verlassen. Insbesondere mit Blick auf die Bedarfe in der Privatwirtschaft ist zu befürchten, dass sich gute Universitätsabsolventen erst gar nicht bei uns bewerben.

Ministerin Hubig vertrat den Standpunkt, dass der öffentliche Dienst nach wie vor ein sehr attraktiver Arbeitgeber sei. Sie persönlich sei stolz darauf, für den Staat tätig zu sein. Dennoch nehme sie die Bedenken des VLW ernst und wolle die Entwicklung im Blick behalten. Die Zusage, dass jede gut qualifizierte Bewerberin, jeder gut qualifizierte Bewerber mit beruflichem Fach ein Stellenangebot erhalte, solle weiterhin gelten – mit der Einschränkung jedoch, dass eine Bereitschaft zur Mobilität erwartet wird. Nicht immer könne die Wunschschule in unmittelbarer Heimatnähe realisiert werden, zumal es nach wie vor einen starken Andrang auf die Schulen gebe, in deren Nähe das Studium absolviert werden konnte.

Um die Attraktivität des Lehramtes an berufsbildenden Schulen zu erhalten, muss aus Sicht des VLW jedoch mehr passieren. So muss beispielsweise die Arbeitszeitbelastung auf den Prüfstand, was bedeutet, dass sich der VLW den Forderungen nach einer Senkung des Wochendeputats anschließt. Des Weiteren muss der Entgrenzung der Arbeitszeit entgegengewirkt werden. Die unbeschränkte Erreichbarkeit über die Online-Medien führt dazu, dass Lehrkräfte zunehmend in den Abendstunden und an den Wochenenden Anfragen und Informationen von Schülerinnen und Schülern, Eltern, Betrieben, von Kolleginnen und Kollegen und von den Schulleitungen sichten und bearbeiten müssen. Lehrkräfte, die sich dagegen verwahren, werden mitunter als rückständig oder wenig engagiert diskreditiert. Dem muss dringend durch klare Kommunikationsstrukturen und -regeln

begegnet werden. Ministerin Dr. Hubig bestätigte, dass es legitim und richtig sei, während der Abendstunden und am Wochenende keine dienstlichen Mails zu bearbeiten. Dennoch sieht der VLW hier Handlungsbedarf, um einer Arbeitsüberlastung vorzubeugen.

Jürgen Hatzfeld machte deutlich, dass sich die überwiegende Zahl der Wirtschaftspädagogen mit ihrem Fach identifiziert. Die Zurückdrängung der Fachlichkeit zugunsten allgemeinpädagogischer Inhalte sieht er deshalb als kontraproduktiv im Hinblick auf die Attraktivität des Lehramts an BBS. Als Beleg dafür führte er die Umbenennung der „Betriebswirtschaftslehre“ in „Wirtschaft“ an. Dadurch wird das Fach verwässert und der Beliebigkeit ausgesetzt. Des Weiteren spielen sehr wohl auch monetäre Kriterien bei der Berufswahl eine Rolle. Man könne nicht davon ausgehen, dass sich Studierwillige allein aus der Freude im Umgang mit jungen Menschen für den Beruf als Lehrkraft an einer BBS entscheiden. Eine angemessene Alimentierung, die dem Vergleich mit Angeboten aus der Privatwirtschaft standhält, ist deshalb unumgänglich.

EVALUATION NACH REFORM ANSTOSSEN

Für die Fragen zur Reform der höheren Berufsfachschule stand die Leiterin der Fachabteilung Petra Jendrich zur Verfügung. Andreas Seehaus sprach für den VLW die Forderung aus, dass die zugesagte Evaluation nun möglichst bald erfolgen müsse. So müssen Regelungen, die nicht gut laufen, dringend in den Blick genommen werden. Dies betrifft insbesondere die fehlenden Ressourcen für die qualifizierte Betreuung der Schülerinnen und Schüler, die keinen Praktikumsplatz gefunden haben. Ebenso müssen dringend Fördermöglichkeiten, z. B. in Mathematik, geschaffen werden. Denn durch die Reform wurden die Unterrichtsstunden, entgegen der Warnungen des VLW, sogar verkürzt, anstatt sie zu erweitern. Petra Jendrich sagte zu, eine Eva-

luation anzustoßen. Dazu nehme sie gerne Vorschläge für Kriterien entgegen.

DIGITALISIERUNGSKONZEPTE FÜR TRANSFORMATION ERFORDERLICH

Mit Blick auf die angelaufene digitale Transformation an Schulen zeigte Karl-Heinz Fuß auf, dass diese nur mit zusätzlichem persönlichem Einsatz der Kolleginnen und Kollegen erfolgen kann. Die Erwartung, dass durch digitale Medien Arbeitszeit eingespart werden könne, treffe aus Sicht des VLW möglicherweise für die Verwaltung, jedoch nicht für den Bereich der Bildung zu. Digitale Medien bieten viele Chancen im Umgang mit Heterogenität und für individuelle Förderung. Es ist jedoch ein Trugschluss zu glauben, dass Computerprogramme die Lehrkraft ersetzen könnten.

Vor uns steht viel mehr eine sehr herausfordernde Phase, in der die Bildung mit digitalen Medien etabliert werden muss. Dies kann nicht durch einmalige Programmierung oder das Hochladen von Lernmaterialien erfolgen, sondern Konzepte müssen entwickelt, stetig gepflegt und angepasst werden.

Der von Prof. Dr. Rainer Dollase bei seinem Vortrag im Jahr 2014 vor den VLW-Delegierten im Schloss Waldthausen benutzte Titel „Auf den Lehrer kommt es an“, wird in Bezug auf den Lernerfolg von Schülerinnen und Schülern auch weiterhin Gültigkeit behalten. Der VLW fordert deshalb, den Lehrkräften an BBSn die entsprechende Ausstattung und Unterstützung zukommen zu lassen.

Der VLW bedankte sich bei Ministerin Dr. Stefanie Hubig und Abteilungsleiterin Petra Jendrich für das in angenehmer Atmosphäre geführte Gespräch. ■

Karl-Heinz Fuß

DIE ZEIT IST REIF FÜR EINE ENTLASTUNG

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit über zwei Jahren befinden wir uns jetzt im Ausnahmezustand. Das von der Bundesregierung beschlossene Auslaufen der wichtigsten Schutzmaßnahmen ändert ja leider nichts am Fortgang der Pandemie. Dabei bleibt aber noch abzuwarten, ob an unseren Schulen tatsächlich wieder so etwas wie Normalität eingekehrt ist, wenn Sie diese Zeilen lesen. Es bleibt natürlich auch zu hoffen, dass die Normalität von Dauer ist, denn das, was wir in den vergangenen beiden Jahren erlebt haben, braucht wohl niemand noch einmal.

RÜCKBLICK

Begonnen hat es mit einer ziemlich spontanen Schulschließung, die dazu geführt hat, dass wir uns quasi über Nacht auf ein völlig anderes Unterrichtsformat einstellen mussten: den Fernunterricht über alle denkbaren Kommunikationswege. Arbeitsaufträge wurden, wo es möglich war, über Lernplattformen wie Moodle, ansonsten wohl weitgehend über E-Mails gestellt. Die auf welchem Weg auch immer zurückgesandten Lösungen der Schülerschaft machten dann häufig eine individuelle Rückmeldung mit dem entsprechenden Zeitaufwand erforderlich.

Als die Schulen nach den Osterferien 2020 wieder geöffnet wurden, haben wir uns auf den Wechselunterricht eingestellt. Die Hälfte der Lerngruppe war im Klassenraum zugegen, die andere musste zuhause mit Arbeitsaufträgen versorgt werden. All dies erfolgte unter dem Diktum, dass die Schülerinnen und Schüler keine Nachteile durch die pandemiebedingten Einschränkungen erleiden durften. Mit den Weihnachtsferien 2020/21 begann das Spiel dann von vorne, wobei wir uns jetzt auch noch mit einem un-



ausgereiften Videokonferenzsystem herumschlagen durften. Gesegnet, wer zuhause wenigstens über einen stabilen Internetanschluss verfügte.

BERUFSETHOS

Im Frühjahr 2021 wurden die Schulen schließlich zu riesigen Testzentren. Grundsätzlich fanden wir das Testangebot und später auch die Testpflicht für unsere Schülerinnen und Schüler eine gute Idee, aber wieder waren es die Lehrkräfte, die für einen reibungslosen Ablauf Sorge zu tragen hatten, inklusive pädagogisch-sensibler Begleitung im Falle eines positiven Testergebnisses. Nach meiner Wahrnehmung haben die allermeisten Lehrkräfte an den BBSn das alles mitgetragen. Es entspricht auch unserem Berufsethos, das uns Mögliche zum Wohl unserer Schülerinnen und Schüler zu leisten. Gedankt wurde es uns bei jeder sich bietenden Gelegenheit, allerdings meistens nur mit lobenden Worten.

FORDERUNG

Natürlich darf an dieser Stelle der so genannte Corona-Bonus nicht vergessen werden. Bei genauem Hinsehen entpuppt sich dieser allerdings nur als missratene Kompensation für die ausgebliebene Erhöhung der Bezüge, die eigentlich zum Jahreswechsel fällig gewesen wäre. Was immer noch aussteht,

ist eine Kompensation für die während der beiden Pandemiejahre geleistete Mehrarbeit. Der VLW hat schon mehrfach eine Gutschrift von acht Wochenstunden je Vollzeitlehrkraft vorgeschlagen, die – ähnlich wie einst die Zwangsansparstunde – individuell abgerufen werden können. Nach Aussage unserer Bildungsministerin Stefanie Hubig scheitert eine Entlastung, die natürlich nicht umsonst zu haben ist, an den Finanzen. Deshalb wende ich mich heute einmal direkt an unsere Finanzministerin:

Sehr geehrte Frau Ahnen, in Ihrer Zeit als Bildungsministerin haben Sie sich mit voller Kraft für die Belange der Bildungspolitik eingesetzt. Sie wurden nicht müde zu betonen, welch wichtiges Gut eine solide Bildung darstellt. Daran hat sich seitdem nichts geändert. Unser Bildungssystem hat in den letzten Jahren die Herausforderung der Flüchtlingswelle 2014 mit der Integration tausender Schülerinnen und Schüler sowie die Corona-Pandemie gestemmt. Letztere ist leider noch nicht vorüber, und schon steht mit den Flüchtlingen aus der Ukraine die nächste Belastungsprobe ins Haus. Unsere Schulen sind mehr denn je auf eine hervorragende Ausstattung, sowohl in technischer als auch in personeller Hinsicht, angewiesen. Von beidem sind wir leider noch meilenweit entfernt. Es liegt nicht zuletzt in Ihrer Hand, die dafür notwendigen Gelder zur Verfügung zu stellen. Uns ist auch klar, dass sie nicht über ein Füllhorn verfügen, aber Politik ist immer auch eine Frage der Prioritäten. Bitte erinnern Sie sich an Ihre Zeit als Bildungsministerin und werden Sie auch als Finanzministerin Ihrer Verantwortung für die Zukunft unserer Gesellschaft gerecht! Die junge Generation wird es Ihnen danken!

Dirk Mettler



**JETZT
ONLINE-PETITION
UNTERSCHREIBEN**

AKTIONSBÜNDNIS 2022: SCHULEN DURCH MULTI- PROFESSIONELLE TEAMS UND KLEINERE KLASSEN ENTLASTEN

Unter der Initiative von Reiner Schladweiler, Sprecher des Landeselternbeirats (LEB), trafen sich im März Vertreterinnen und Vertreter aus einer Vielzahl von mit Bildungspolitik befassten Vereinigungen und Organisationen. Ziel der Initiative ist eine Petition an den Landtag, die eine erhebliche Aufstockung der Haushaltsmittel für die Schulen des Landes verlangt. So werden 7.000 zusätzliche Lehrkräfte gefordert, um die Bildung kleinerer Klassen zu ermöglichen. Zudem sollen multiprofessionelle Teams die Schulleitungen und Lehrkräfte entlasten, um die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern zu verbessern. Dazu gehören Schulpsychologen, Schulsozialarbeiter, EDV-Fachkräfte für die Systembetreuung, Medienpädagogen und Verwaltungskräfte. Eine ausdrückliche Forderung der Landeschüler*innenvertretung ist es, die mentale Gesundheit der Schülerinnen und Schüler in den Fokus zu nehmen und zu fördern.

Damit die vorgesehene Petition vom Landtag angenommen wird, müssen

insgesamt 12.000 Unterschriften zusammenkommen. Der VLW empfiehlt seinen Mitgliedern, die Petition durch ihre Unterschrift zu unterstützen. ■

Einfach QR-Code mit dem Smartphone scannen und online Petition unterzeichnen!





INITIATIVE „SCHULE DER ZUKUNFT“ DURCH BOTTOM-UP ZUM ERFOLG?

Aktuell läuft der Bewerbungszeitraum für die Pionierschulen, die in der ersten Runde an der Initiative „Schule der Zukunft“ teilnehmen möchten. Insgesamt sollen etwa 100 Schulen in der ersten Runde zugelassen werden. Sollte die Zahl der Bewerbungen höher liegen, wird eine Quotierung nach Schulart und Region erfolgen.

Der VLW ist sehr gespannt darauf, wie groß das Interesse in der ersten Runde sein wird. Denn es gibt einige Hürden zu bewältigen, die angesichts des kurzen Bewerbungszeitraums bei den meisten zunächst für Zurückhaltung sorgen werden.

INNOVATIONSIMPULSE VON DER BASIS

Ziel der Initiative ist es, als Reaktion auf die vielfältigen Entwicklungen im 21. Jahrhundert, wie z. B. die Digitalisierung, die Schulentwicklung von der Basis her zu befeuern. Denn dort sitzen die Experten, die sich mit Bildung und Schule auskennen. Dabei sollen die Schulen jeweils ihre eigenen innovativen Konzepte einbringen, eben das, was

sie am besten können. Dies soll dann nach außen für andere Schulen sichtbar werden, so dass die gesamte Schulgemeinschaft davon profitieren kann.

KICK-OFF ZUKUNFTSKONGRESS

Interessenten wurden in der zweiten Märzhälfte durch die allesamt ausgebuchten virtuellen Informationsveranstaltungen über die Ziele und den Bewerbungsprozess der Initiative informiert. Im Kern geht es darum, dass sich Schulen mit innovativen Ideen, die gewisse Kriterien erfüllen müssen, für die Teilnahme bewerben. Ausgewählte Schulen profitieren durch ihre Teilnahme davon, dass sie als Teil des Netzwerks „Schule der Zukunft“ mit anderen Teilnehmenden in Kontakt und Austausch treten können.

Das BM kümmert sich um den Aufbau des Netzwerks und auch das Pädagogische Landesinstitut steht den Schulen beratend zur Seite. Als weitere Unterstützung wurde die Vermittlung interessanter Experten für Change Management und Schulentwick-

lung in Aussicht gestellt. Margret Rasfeld ist eine solche Expertin. Sie ist eine ehemalige Schulleiterin aus Niedersachsen, die gute Erfahrungen mit Bottom-Up-Prozessen gemacht hat. Sie zeigte in ihrem Grußwort auf, dass es meist lediglich Mut und Entschlossenheit braucht, um einen Entwicklungsprozess in Gang zu setzen.

KULTUR DER SELBSTBESTIMMUNG

Tobias Eck von der Initiative „Schule der Zukunft“, für die am Bildungsministerium eine Geschäftsstelle eingerichtet wurde, wirbt damit, dass die Initiative den Schulen nicht von oben übergestülpt wird, sondern dass die Teilnahme freiwillig und kostenlos ist. Es soll eine Kultur der Ermöglichung im Vordergrund stehen, bei der die Schulen ihren Weg selbst bestimmen und sich gegenseitig inspirieren. Oftmals sei Schulen nicht klar, welche Möglichkeiten ihnen der rechtliche Rahmen bietet. Deshalb soll dieser voll ausgeleuchtet werden. Sollte er nicht ausreichen, können Projekte als begleitete Schulversuche laufen, solange sie nicht gegen KMK-Vereinbarungen verstoßen. Insgesamt soll das Entwicklungsprogramm auf mehrere Jahre angelegt sein.

Die Chat-Frage eines Teilnehmers, ob die teilnehmenden Schulen mit zusätzlichen personellen oder finanziellen Ressourcen rechnen können, wurde von Herrn Eck jedoch verneint. Dies sei nicht vorgesehen. Der VLW fragt sich, ob denn Schulen, die durch die Pandemie ohnehin schon über die Maße belastet sind, zusätzlich noch ein solches Projekt stemmen können. Die Antwort hat Herr Eck dann auch schon vorweggenommen. Denn die Schulen müssen ja nicht gleich in der ersten Runde dabei sein, sondern können sich auch noch in den Folgejahren bewerben.

SCHULÜBERGREIFENDE AUSWIRKUNG

Was von interessierten Schulen konkret erwartet wird, wurde von Andrea Bürgin, Referentin im BM, anhand von vier Kriterien dargestellt. So geht es darum, „Zukunftskompetenzen“ zu fördern. In einer zunehmend komplexeren, sich schnell verändernden Welt sind kritisches und vernetztes Denken, Kreativität und agiles Handeln Beispiele für künftige Herausforderungen. Die Förderung dieser Kompetenzen soll „Beispielhaft wirken“, d. h. auch andere Schulen sollen von den Erfahrungen profitieren können.

Zudem sollen die Projekte so angelegt sein, dass sie „Nachhaltigkeit sichern“. Es solle sich um keine Eintagsfliegen, sondern um langfristig angelegte Veränderungen handeln, deren Strahlkraft möglichst viele Schülerinnen und Schüler erreicht. Als viertes Kriterium sollen die Projekte „Transformationsprozesse anstoßen“, also geeignet sein, klein begonnen zu werden und anschließend wachsen zu können.

Für die Bewerbung müssen sich die Schulen auch entsprechend darstellen. Eine weitere Voraussetzung ist, dass die gesamte Schulgemeinschaft die Bewerbung mitträgt, was einen entsprechenden Beschluss durch die Gesamtkonferenz erfordert. ■

Informationen dazu finden sich auf www.schule-der-zukunft.rlp.de

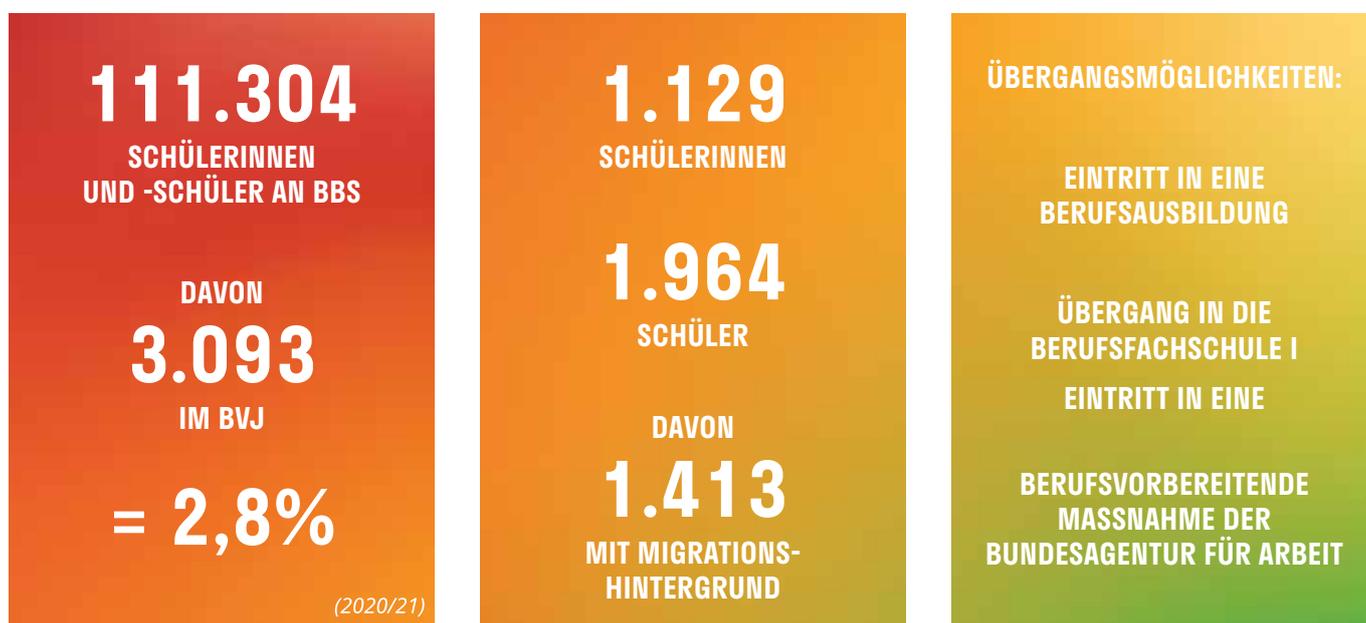
KOMMENTAR DES VLW

Mit Blick auf die Gelder in Millionenhöhe, die im Haushalt für die Initiative eingestellt wurden, hat der VLW gehofft, dass den teilnehmenden Schulen entsprechende Ressourcen zugewiesen werden. Dies ist jedoch nicht der Fall. Somit müssen die Teilnehmenden ihr Projekt aus eigener Kraft stemmen. Soweit eine Schule bereits ein die Kriterien erfüllendes Projekt durchführt, ist eine Bewerbung zum jetzigen Zeitpunkt denkbar.

Wer sich jedoch innovativ neu auf den Weg machen möchte, sieht sich großer Hürden (kreative Projektdarstellung, Beschluss der Gesamtkonferenz) gegenüber, die angesichts des knappen Bewerbungszeitraums kaum überwunden werden können.

Was bleibt, ist die Möglichkeit, sich in aller Ruhe auf eine Bewerbung im folgenden Jahr vorzubereiten. Aufgrund der aktuellen Belastungssituation an unseren Schulen fürchtet der VLW jedoch, dass die bezüglich ihrer Ziele begrüßenswerte Initiative im Keim erstickt, falls nicht doch noch weitere Ressourcen einfließen können. Der VLW ist deshalb sehr gespannt darauf, welche berufsbildenden Schulen sich an der Initiative beteiligen werden.

MINISTERIUM LEGT ENTWURF ZUR REFORM DES BERUFSVORBEREITUNGSJAHRES (BVJ) VOR



Quelle: www.statistik.rlp.de

Nach der coronabedingten Verlängerung der Pilotphase hat das rheinland-pfälzische Ministerium für Bildung im Februar den Verordnungsentwurf für das reformierte Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) vorgelegt.

Der VLW begrüßt einige positive Ansätze, fordert aber noch weitere mutige Schritte zur Verbesserung der Fördermöglichkeiten in diesen pädagogisch besonders anspruchsvollen Klassen.

BERUFSREIFE

Ziel des reformierten BVJ ist es, die Anschluss- und Abschlussfähigkeit der Schülerinnen und Schüler zu erhöhen. Über die

reine Schulpflichterfüllung hinaus soll das BVJ der Ausbildungsvorbereitung und der Erlangung eines ersten allgemeinen Schulabschlusses (Berufsbereife) dienen.

WOCHENSTUNDEN

Ein begrüßenswerter Ansatz in der Stundentafel sind fünf Lehrerwochenstunden je Klasse, die für die Lernberatung, die Praktikumsbegleitung und ... als flexible Reaktion auf konkrete Lehr- und Lernsituationen zur Verfügung gestellt werden sollen. Was sich zunächst großzügig liest, relativiert sich wieder, wenn man bedenkt, wieviel Zeit beispielsweise die 14-tägliche und durchschnittlich 15-minütige Lernberatung einschließlich Dokumentation benötigt. Zudem muss Schülerinnen und Schülern ohne

DAS REFORMIERTE BVJ – WISSENSWERTES IN KÜRZE

- Die Sonderformen BVJ-I (Inklusion) und BVJ-S (Sprache) werden durch die Verordnung verstetigt.
- Einführung einer verbindlichen schülerbezogenen Lernberatung mit entsprechender Dokumentation (14-tägliche Einzelgespräche mit durchschnittlich 15 Minuten Beratungszeit je Schülerin oder Schüler)
- Neues Unterrichtsfach Berufliches Lernen und Arbeiten, das überwiegend aus Fachpraxis bestehen soll. Zur Erlangung der Berufsreife muss in diesem Fach mindestens die Note „ausreichend“ erzielt werden (Sperrfach)
- Die Stundentafel enthält 200 Lehrerwochenstunden für Lernberatung, Praktikumsbegleitung und zur Gestaltung von weiteren, flexiblen Reaktionsmöglichkeiten auf konkrete Lehr- und Lernsituationen
- Neues Unterrichtsfach Leben und Beruf, das ohne Leistungsfeststellungen und ohne Benotung erteilt wird
- Bei den Wahlpflichtfächern Deutsch/Kommunikation und Mathematik/Rechnen besteht die Möglichkeit, beide Fächer zu besuchen und zwischen den Fächern zu wechseln
- Noten der Wahlpflichtfächer können in die Pflichtfächer eingebracht werden, wenn dies vorher schuleinheitlich geregelt und bekanntgemacht wurde
- Verbindliche betreute Praktikumszeiten von sechs Wochen als Voraussetzung für den erfolgreichen Abschluss des Bildungsganges (Ausnahme im Einzelfall möglich)
- Der Bildungsgang kann wiederholt werden, wenn Aussicht auf Erwerb der Berufsreife in einem weiteren Jahr besteht
- Zeugnisse können durch Verbalbeurteilungen ergänzt werden
- Möglichkeit zum Erwerb von Qualifizierungsbausteinen bleibt erhalten
- Die Verordnung soll zum 1. August 2022 in Kraft treten

Praktikumsplatz eine adäquate schulische Ersatzleistung zur Verfügung gestellt werden.

MULTIPROFESSIONELL

Begrüßenswert ist aus Sicht des VLW ebenfalls die Regelung, dass die Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern in multiprofessionellen Teams erfolgen soll. So könnte beispielsweise das Fehlzeiten-Management in die Hände der Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter übergehen. Eine solche Arbeitsaufteilung muss allerdings jeweils auf Schulträgerebene vereinbart werden. Für die vom VLW geforderte Entlastung unserer Kolleginnen und Kollegen wäre dies jedenfalls eine Lösung, die unbedingt auf kommunaler Ebene angestrebt werden

muss. Finanzschwache Kommunen müssen durch das Land unterstützt werden.

FORDERUNG

Mit Blick auf die individuelle Förderung fordert der VLW weiterhin die ursprünglich in Aussicht gestellte Reduzierung der Klassenmesszahl von 16 auf 14 Schülerinnen und Schüler je Klasse. Die Klassenmesszahl wird über den PauSE-Faktor in der VV Klassen- und Kursbildung geregelt, nicht in der vorgelegten Landesverordnung. Das Ministerium lehnt die Reduzierung der Klassenmesszahl zwischenzeitlich ab, was vom VLW ausdrücklich kritisiert wird, da es dem Ziel der individuellen Förderung der oftmals gesellschaftlich benachteiligten Schülerinnen und Schüler zuwiderläuft. ■

WANN KOMMT DAS DIENSTFAHRRAD? ODER: GUT DING WILL WEILE HABEN.

Einhergehend mit den ersten Frühlingssonnenstrahlen und milderem Temperaturen, aber auch mit Blick auf die stark gestiegenen Kraftstoffpreise, mehren sich die Mitgliederanfragen nach dem Dienstfahrrad für Beamtinnen und Beamte des Landes Rheinland-Pfalz.

Bereits im Januar hat die Landtagspartei Bündnis 90/Die Grünen in einer Pressemitteilung verkündet, dass der Ministerrat einer Änderung des Landesbesoldungsgesetzes zugestimmt hat, wonach Landesbeamten und -beamtinnen ein Dienstfahrrad-Leasing angeboten werden kann. Der VLW hat bei Bündnis90/Die Grünen nachgefragt, ab wann voraussichtlich das Dienstfahrrad kommen wird.

GESETZESVORLAGE IN DEN LESUNGEN

Vom zuständigen Referenten erhielten wir die Auskunft, dass die Gesetzesvorlage inzwischen in 1. Lesung in den Landtag eingebracht wurde und derzeit vom Finanz- und vom Rechtsausschuss geprüft wird. Danach kommt die Gesetzesvorlage in die 2. Lesung im Landtag, nach der sie dann von den Abgeordneten verabschiedet wird. Nachdem da-

mit die gesetzliche Grundlage gelegt ist, kommt der praktische Schritt, der zunächst eine europaweite Ausschreibung erfordert. Erst danach kann das Land einen Vertrag mit dem ausgewählten Unternehmen schließen, das als Leasinggeber eine Vielzahl verschiedener Fahrradtypen zur Auswahl stellt. Es muss also davon ausgegangen werden, dass es noch einige Monate dauern wird, bis die ersten Dienstfahrräder bestellt werden können. Somit bleibt zu hoffen, dass sich die Umsetzung nicht so weit in die Länge zieht, wie es bei unseren digitalen Endgeräten der Fall war.

ATTRAKTIVES ANGEBOT FÜR LEHRKRÄFTE

Bei dem vorgesehenen Modell ist das Land der Leasingnehmer, das seinen Bediensteten ein Fahrrad nach deren Wunsch für die Dauer der Laufzeit, z. B. drei Jahre, überlässt. Die Leasingrate wird vom Land bezahlt, aber von den Bruttoeinkünften des Bediensteten einbehalten (sogenannte Entgeltumwandlung). Dadurch ergeben sich für die Bediensteten steuerliche Vorteile, die sich durch den steuerpflichtigen geldwerten Vorteil (seit Januar 2020 nur noch 0,25 % des Bruttolistenpreises des Fahrrads je Monat) nur geringfügig verringern. Da auch die private Nutzung des Fahrrads ausdrücklich erlaubt, ja sogar gewünscht ist, dürfte diese Möglichkeit für viele Kolleginnen und Kollegen interessant sein. ■

Karl-Heinz Fuß



Was bedeuten Krisen, wie wir sie seit mehr als zwei Jahren erleben müssen, für die Arbeit des VLW? Im Folgenden wollen wir aufzeigen, wie sich diese auf die VLW-Arbeit auswirken.

CORONA: DIE MEINUNGS-VIELFALT UNSERER MITGLIEDER ENTSPRICHT DER UNSERER GESAMTGESELLSCHAFT

Nie zuvor war die Kommunikation so intensiv wie zu Zeiten der Pandemie. Seit dem ersten Lockdown im März 2020 steht der VLW im wöchentlichen Kontakt mit dem Bildungsministerium. Dazu gehört eine Telefon- oder Videoschle mit Abteilungsleiterin Petra Jendrich, die montags stattfindet und jeweils mittwochs die Telefonschle zwischen den Vorsitzenden der Hauptpersonalräte und Ministerin Dr. Stefanie Hubig oder Staatssekretärin Bettina Brück (bis zur Landtagswahl im März 2021 Staatssekretär Hans Beckmann). Hinzu kamen in regelmäßigen Abständen Diskussionsrunden mit Virologen und weiteren Experten, z. B. der Universitätsmedizin in Mainz. Im Vordergrund standen jeweils die sich immer wieder verändernden Hygienepläne und Testkonzepte. Mit seinen Positionen und Forderungen ist der VLW ein wichtiger Ansprechpartner. Mehrfach wurden die Forderungen des VLW erfüllt, wenn teilweise auch erst mit Verzögerung. Als Beispiele seien hier die Forderungen nach den FFP-2-Masken, die Priorisierung bei den Impfungen und die wöchentlich mehrfach durchzuführenden Testungen genannt.

Auf der anderen Seite hat sich aber auch die Kommunikation mit den Mitgliedern erheblich intensiviert. Immer wieder erreichen uns besorgte Anfragen bezüglich der auferlegten Regelungen. Allerdings sind die Meinungen zum

Thema Corona-Schutzmaßnahmen in unserer Mitgliedschaft ebenso unterschiedlich wie die in unserer Gesamtgesellschaft. Während der überwiegende Teil die festgelegten Maßnahmen für gut befand, forderten einige noch eine Verstärkung der Schutzmaßnahmen bis hin zu weiteren Schulschließungen. Andere wiederum lehnen Masken- und Testpflicht als lästig ab und fordern ein baldiges Ende der Auflagen. Dieser bunte Strauß an Meinungen macht deutlich, dass der VLW nicht in der Lage sein konnte, alle Denkrichtungen zu berücksichtigen.

Jedenfalls hat sich gezeigt, dass der Verbandsarbeit als Sprachrohr der Kolleginnen und Kollegen eine wichtige und wirksame Funktion zukommt, die durch kein anderes Gremium ersetzt werden kann.

FLUT IM AHR TAL KOSTET ZWEI VLW-MITGLIEDERN DAS LEBEN

Immer noch schockiert sind wir, wenn wir an die Flutkatastrophe im Ahrtal zurückdenken, der zwei unserer Mitglieder zum Opfer gefallen sind. Unser Bezirksvorsitzender Kurt Flöck hat über unseren Ortsvorsitzenden Erich Braun von der Heiden, dessen Privathaus ebenfalls massiv von der Flut betroffen war, die wichtigsten Informationen der Geschehnisse vor Ort und des Grades der teilweisen Zerstörung des

Gebäudes und der Einrichtung der BBS in Bad Neuenahr erhalten. Die Delegierten des VLW-Landesverbands haben als Zeichen der Solidarität mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen eine Geldspende an den Förderverein beschlossen, die im Spätsommer 2021 an Schulleiterin Gundi Kontakis und den Fördervereinsvorsitzenden Daniel Schlich übergeben werden konnte.

UKRAINE-KRISE: VLW FORDERT RESSOURCEN FÜR BBS

Die aktuelle Situation in der Ukraine erfüllt uns seit Kriegsbeginn im Februar mit großer Besorgnis. Die Stabilität und Sicherheit, in der wir uns als Mitteleuropäer bislang wägen, wurde erschüttert. Die Hilfsbereitschaft der Nachbarländer und auch Deutschlands ist ein hoffnungsvolles Zeichen der Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung und der Geschlossenheit in der Ablehnung der Aggression vonseiten der russischen Regierung. Die Erfahrungen aus der Flüchtlingskrise 2015/2016 helfen uns hoffentlich dabei, ukrainische Jugendliche an unseren BBSn zu integrieren. Dies ist eine Aufgabe, der sich unsere Kolleginnen und Kollegen mit großer Selbstverständlichkeit annehmen. Jedoch kommt diese in einer Zeit auf uns zu, in der viele unserer Schulleitungen und Lehrkräfte bereits infolge der Pandemie und der vielen zusätzlichen Neuerungen, wie der digitalen Transformation, am Rande der Belastungsgrenze arbeiten.

Der VLW sieht es als seine Aufgabe, Entlastung einzufordern und wird nicht müde, dies gegenüber dem Dienstherrn anzuzeigen. Gerade jetzt benötigen wir Unterstützung durch multiprofessionelle Teams (Vertretungslehrkräfte, Schulsozialarbeiter, Schulpsychologen, EDV-Systembetreuer, Verwaltungskräfte) und Entlastung in Form von kleineren Klassen und der Senkung des Wochendeputats. ■

HEINZ WERNER SEYLER – DER MACHER DER VLW WEBSITE



Heinz Werner Seyler lebt mit seiner Frau Evi in Otterberg im Landkreis Kaiserslautern.



Heinz Werner Seyler nach Verleihung der VLW-Ehrenmitgliedschaft 2018 in Trier.

„25.977 Besucher haben vom 1. Februar 2021 bis Mitte März 2022 die Website des VLW Rheinland-Pfalz besucht, was durchschnittlich mehr als 63 Besuchern pro Tag entspricht. Und die Tendenz steigt, zuletzt auf 130 pro Tag im März 2022“, berichtet Heinz Werner Seyler mit berechtigtem Stolz über den Nutzungsgrad des VLW-Internetauftritts.

Seyler hat seit Beginn des Jahres 2021 mit sehr hohem Engagement die VLW-Website auf Vordermann gebracht. Diejenigen, die ihn noch aus seiner aktiven Zeit kennen,

überrascht das nicht. Denn sowohl an seiner ehemaligen Schule, der BBS Wirtschaft und Soziales in Kaiserslautern, an der er bis zu seiner Pensionierung die Funktion des Ständigen Vertreters des Schulleiters innehatte, als auch im VLW-Bezirksverband Pfalz war er als äußerst umtriebiger Kollege bekannt und geschätzt.

„Es ist bei der Website nicht damit getan, diese einmalig einzurichten, denn sie will stetig gepflegt und weiterentwickelt werden“, so Seyler. Selbst wenn er mit seiner Frau Evi gerade die Familie seines Sohnes



AUFRUF AN DIE VLW-ORTSVERBÄNDE

Zurzeit entsteht unter dem Menüpunkt „Über uns – BBS mit VLW-OV“ eine Sammlung der berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz mit VLW-Ortsverband. Neben mehreren Fotos gibt es einen Link zur Website der Schule. Sollte Ihre Schule noch fehlen, dann schicken Sie bitte Ihre Fotos mit einem Link zur Website Ihrer Schule an info@vlw-rlp.de. Wir danken für Ihre Unterstützung!

Beispielbild links: BBS Wirtschaft und Soziales in Kaiserslautern

mit den Enkelkindern in North Carolina besucht oder sich im Allgäu zum Wanderurlaub aufhält, hat er die VLW-Website immer im Blick. Technische Probleme sieht er als Herausforderung und besucht deshalb regelmäßig Foren, in denen er mit Programmierern und Website-Entwicklern in direkten Kontakt kommt. Aufgrund seines Sachverständnisses stellt er dort nicht nur Fragen, sondern bringt sich mit kreativen Vorschlägen und Anregungen ein, was ihn zu einem begehrten Ansprechpartner macht.

Die Technik für den Versand des Newsletters läuft ebenfalls über die VLW-Website, wo sie als Modul integriert ist. Seyler stellt sicher, dass dies reibungslos funktioniert. Wer meint, dass ihn dieses Engagement voll auslasten würde, der sieht sich

getäuscht. Denn zudem kümmert sich Seyler zusammen mit Jürgen Hatzfeld auch noch um die Wartung der Software „Vereinsmanager“ für die VLW-Mitgliederverwaltung, und das mit großem Erfolg. So konnte im zurückliegenden Februar, erstmalig in der Geschichte des VLW Rheinland-Pfalz, der Einzug des Mitgliedsbeitrags zentral durchgeführt werden.

Nach seiner Motivation befragt, teilt er mit, dass es ihm Freude bereitet, sich für die berufliche Bildung zu engagieren. „Die Verbandsarbeit stellt in der Bildungspolitik einen wichtigen demokratischen Baustein dar, der mit Leben gefüllt werden muss. Dazu möchte ich beitragen“, so Seyler. Es ist für ihn selbstverständlich, dass er diese Aufgabe ehrenamtlich ausübt. Somit ist es

auch sein Verdienst, dass der VLW-Mitgliedsbeitrag seit mehr als 10 Jahren nahezu unverändert bleiben konnte. Auf die Frage, womit man ihn denn für all sein Engagement belohnen könne, antwortet er lapidar, dass es ihn mit Freude erfülle, wenn die Website genutzt wird. So ist es ihm ein großes Anliegen, dass noch mehr Ortsverbände Fotos ihrer Schule schicken, um die Seite mit den VLW-Ortsverbänden zu vervollständigen (siehe Aufruf unten).

Für den VLW Rheinland-Pfalz ist Heinz Werner Seyler ein wertvoller Mitstreiter und geschätzter Freund, der mit seinem Erfahrungsschatz und Engagement zum Erfolg der VLW-Arbeit beiträgt. ■



DAS ALLES BIETET DIE WEBSITE DES VLW RHEINLAND-PFALZ

- Laufende aktuelle bildungspolitische News
- Informationen zur Verbandsarbeit und zur Verbandsstruktur
- Ansprechpartner mit Kontaktdaten
- Informationen zu den Geschäftsbereichen Recht und Besoldung, Schul- und Bildungspolitik, Lehrerinnen und Lehrer für Fachpraxis, Lehrerbildung
- Informationen und Downloads zur Mitgliedschaft im VLW
- Archiv zu Publikationen des VLW, wie VLW kompakt, Newsletter, Karikaturen etc.
- Viele Links unter „Service“ zu Schulrecht, Beihilfe, Institute, ...
- und vieles mehr

Schauen Sie mal vorbei unter www.vlw-rlp.de – es lohnt sich!

BSS BINGEN – SCHULE IM UMBRUCH



Von Michael Lutz



Kommissarische Schulleiterin Alexandra Land



Der Vorsitzende des ÖPR, Thomas Walter (links), im Gespräch mit dem Stellv. Schulleiter, Bernhard Bohrer

<p>FACTS & FIGURES ZUR BBS BINGEN</p>	<p>64 KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN</p>
<p>250 VOLLZEIT- SCHÜLERINNEN UND -SCHÜLER</p>	<p>950 TEILZEIT- SCHÜLERINNEN UND -SCHÜLER</p>
<p>BILDUNGSGÄNGE Berufsschule Berufsfachschulen I und II Höhere Berufsfachschule Duale Berufsoberschule Fachschule Logistik</p>	<p> BBS-BINGEN.DE</p>
<p>42 MITGLIEDER IM VLW- ORTSVERBAND</p>	<p>VLW-ORTS- VORSITZENDER Peter Kempf</p>

Die Tradition geht weit zurück – 1839 wird vom Gewerbe- und Handwerksverein eine „Handwerkerzeichenschule“ gegründet.

125 Jahre später – 1963/64 – wird der Neubau der „Berufsschule“ (so genannt ab 1929) in der Binger Pennrichstraße bezogen, 1983 das Erweiterungsgebäude eingeweiht. 1992 kommen eine Sporthalle und zwei Parkdecks hinzu. In diesem Jahr besucht eine angehende Industriekaufrau die Schule am Rhein: Alexandra Land – heute leitet sie die Schule.

2008 feiert der Förderverein sein 25jähriges Jubiläum, zu Gast unter anderem Kabarettist Lars Reichow und Trainer Jürgen Klopp. 2009 werden – eine wesentliche Verbesserung für das Kollegium – die Lehrerzimmer renoviert.

Einschneidende Veränderungen kommen 2013 auf die Schule zu: Ziel der Schulstrukturreform ist es, die beiden berufsbildenden Schulen in Bingen und Ingelheim durch Profilbildung, auch durch Verlagerungen auf Kosten

des Standorts Mainz, nachhaltig zu stärken. Die BBS Bingen entwickelt jetzt den Schwerpunkt „Logistik“ und erhält ein „Logistik-Kompetenzzentrum“ sowie ein „Lernlager“.

Zwei bewegte Jahre erlebt die Schulgemeinde von 2014 bis 2016, in denen die Schule ohne einen Schulleiter und dessen Stellvertreter zurechtkommen muss. Dies gelingt durch gemeinsame Anstrengungen von Mitgliedern der Schulleitung, des Örtlichen Personalrates und der Kolleginnen und Kollegen.

Aus dieser Zeit stammen die ersten Auffälligkeiten über gesundheitliche Beeinträchtigungen einiger Lehrkräfte. Vermutet wird eine Kontaminierung in Isolierungen und Böden des Schulgebäudes, es stellt sich eine gefährliche Schimmelpilzbelastung heraus. Nach beharrlichem Drängen von Schule und Personalrat sichert die Verwaltung

des Landkreises Mainz-Bingen daraufhin die Komplettsanierung der BBS Bingen zu. Seit 2019 wird nun saniert – begleitet vom Sanierungsausschuss der Schule, man geht von Kosten in Höhe von ca. 22 Millionen Euro aus. Selbstverständlich orientiert sich die Raumgestaltung des Neubaus an modernen pädagogischen Ansprüchen.

Eine BBS im Umbruch – die Binger Kolleginnen und Kollegen

mussten zu allen Zeiten mit den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und pädagogischen Veränderungen leben. Jetzt kommt noch der Umbau – de facto ein Neubau – hinzu. Die Berufsbildnerinnen und -bildner werden auch das bewältigen. Der VLW wünscht dem Kollegium, vertreten durch die kommissarische Schulleiterin Alexandra Land und den ÖPR-Vorsitzenden Thomas Walter, dazu viel Kraft und Erfolg! ■



BBS Bingen – Baustelle Februar 2022
(Foto Karl-Heinz Günther)

BBSn stellen sich vor – In loser Reihenfolge berichten wir im Magazin VLW Kompakt über berufsbildende Schulen mit VLW-Ortsverbänden. Gerne nehmen wir dazu Beiträge entgegen. Schreiben Sie uns!

IN ALLER KÜRZE

DIGITALE AUSGABE FÜR PENSIONIERTE MITGLIEDER

Es ist inzwischen möglich, unsere Mitgliederzeitschrift VLW Kompakt digital auf unserer Website zu lesen. Bitte informieren Sie uns per E-Mail, falls Sie künftig auf das gedruckte Exemplar verzichten möchten. Stattdessen senden wir Ihnen regelmäßig unseren Online-Newsletter, damit wir den Kontakt zu Ihnen nicht verlieren.

Sollten Sie dies wünschen, schreiben Sie uns per E-Mail an info@vlw-rlp.de mit dem Betreff „Verzicht auf Print-Medien“.

ÄNDERUNGSMITTEILUNGEN IHRER DATEN

Bitte informieren Sie uns, falls sich Änderungen ergeben, die für Ihre Mitgliedschaft von Bedeutung sind. Dazu gehört beispielsweise die Änderung Ihrer Anschrift, Ihres Stundendeputats, Ihrer Dienstbezeichnung und wenn Sie in Alterszeit gehen oder in den Ruhestand versetzt werden.

Änderungsmitteilungen können Sie bequem auf unserer Website vlw-rlp.de unter dem Menüpunkt Mitgliedschaft vornehmen.

Gertrud Jakob, Mitgliederverwaltung

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. (VLW), Mitgliedsverband im dbb und im BVLB

Vorsitzender

Dirk Mettler

Geschäftsstelle

Rutschbach 10 • 56736 Kottenheim

Redaktion

Karl-Heinz Fuß • redaktion@vlw-rlp.de

Layout

Daniela Boudgoust • www.gestaltungsfreund.de

Karikatur auf der Titelseite

Uwe Herrmann

Auflage

1.500 Stück

Druck

Wir machen Druck GmbH
Mühlbachstraße 7
71522 Backnang



DER VLW FORDERT:

KONZENTRATION AUF DAS KERNGESCHÄFT

Lehrkräfte müssen sich wieder auf das konzentrieren können, weswegen sie diesen Beruf ergriffen haben und wofür sie ausgebildet wurden: Unterricht!

VERZICHT AUF NEBENSCHAUPLÄTZE

Dazu ist es erforderlich, Schaufensterprojekte, die wenig Ertrag bei hohem Aufwand bringen, einzustellen und Lehrkräfte von Verwaltungstätigkeiten zu entlasten!

REDUZIERUNG DER UNTERRICHTSVERPFLICHTUNG

Die zunehmenden pädagogischen Herausforderungen machen eine spürbare Entlastung dringend erforderlich. Das Deputat für eine volle Stelle muss auf 21 Wochenstunden gesenkt werden!

MEHR PERSONAL IN DIE SCHULEN

Zur Sicherstellung eines quantitativ und qualitativ hochwertigen Unterrichts müssen zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten für junge Lehrkräfte geschaffen werden. Außerdem muss die Zahl der Schulpsychologen spürbar erhöht werden. Hierfür muss das Land die nötigen Gelder bereitstellen.

**JETZT
MITGLIED
WERDEN!**